



Verwaltungsstandpunkt-Nr. VII-A-08002-VSP-01

Status: öffentlich

Eingereicht von:
Dezernat Umwelt, Klima, Ordnung und Sport

Stammbaum:
VII-A-08002 Fraktion Freibeuter
VII-A-08002-VSP-01 Dezernat Umwelt, Klima, Ordnung und Sport

Betreff:
Externes Gutachten zur Duldung von Falschparkern

Beratungsfolge (Änderungen vorbehalten):
Gremium

Dienstberatung des Oberbürgermeisters
Verwaltungsausschuss
FA Allgemeine Verwaltung
FA Umwelt, Klima und Ordnung
Ratsversammlung

Voraussichtlicher
Sitzungstermin

10.01.2023
11.01.2023
17.01.2023
17.01.2023
18.01.2023

Zuständigkeit

Bestätigung
Vorberatung
Vorberatung
Vorberatung
Beschlussfassung

Rechtliche Konsequenzen

Der gemäß Ursprungsantrag gefasste Beschluss wäre

☒ Rechtswidrig und/oder

☐ Nachteilig für die Stadt Leipzig.

☐ Zustimmung

☒ Ablehnung

☐ Zustimmung mit Ergänzung

☐ Sachverhalt bereits berücksichtigt

☐ Alternativvorschlag

☐ Sachstandsbericht

Beschlussvorschlag

Der Antrag wird abgelehnt.

Räumlicher Bezug

entfällt

Zusammenfassung

Anlass der Vorlage:

- ☐ Rechtliche Vorschriften
 ☐ Stadtratsbeschluss
 ☐ Verwaltungshandeln
☒ Sonstiges: Antrag

Nach aktueller Berichterstattung der Leipziger Volkszeitung (Artikel und Kommentar vom 25.11.2022 und Gastartikel vom 14.12.2022) würden bestimmte Straßen und Veranstaltungen vom Leipziger Ordnungsamt bewusst nicht auf Falschparker kontrolliert werden. Es lägen dazu eine Vielzahl von Beschwerden bei der Stadt Leipzig vor.

Der Antrag, den Oberbürgermeister zu verpflichten, ein externes Gutachten „zur Überprüfung der Handlungsweise des Ordnungsamtes in Bezug auf die Ahndung von Falschparkern“ einzuholen und die Vorlage des Gutachtens bis zum 15. März 2022 zu verlangen, ist rechtswidrig.

Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen	<input checked="" type="checkbox"/>	nein	wenn ja,
Kostengünstigere Alternativen geprüft	<input type="checkbox"/>	nein	ja, Ergebnis siehe Anlage zur Begründung
Folgen bei Ablehnung	<input type="checkbox"/>	nein	ja, Erläuterung siehe Anlage zur Begründung
Handelt es sich um eine Investition (damit aktivierungspflichtig)?	<input type="checkbox"/>	nein	ja, Erläuterung siehe Anlage zur Begründung

Im Haushalt wirksam	von	bis	Höhe in EUR	wo veranschlagt
Ergebnishaushalt				Erträge
				Aufwendungen
Finanzhaushalt				Einzahlungen
				Auszahlungen
Entstehen Folgekosten oder Einsparungen?		nein		wenn ja, nachfolgend angegeben

Folgekosten Einsparungen wirksam	von	bis	Höhe in EUR/Jahr	wo veranschlagt
Zu Lasten anderer OE				Ergeb. HH Erträge
				Ergeb. HH Aufwand
Nach Durchführung der Maßnahme zu erwarten				Ergeb. HH Erträge
				Ergeb. HH Aufwand (ohne Abschreibungen)
				Ergeb. HH Aufwand aus jährl. Abschreibungen

Steuerrechtliche Prüfung	<input type="checkbox"/>	nein	wenn ja
Unternehmerische Tätigkeit i.S.d. §§ 2 Abs. 1 und 2B UStG	<input type="checkbox"/>	nein	ja, Erläuterung siehe Punkt 4 des Sachverhalts
Umsatzsteuerpflicht der Leistung	<input type="checkbox"/>	nein	ja, Erläuterung siehe Anlage zur Begründung
Bei Verträgen: Umsatzsteuerklausel aufgenommen	<input type="checkbox"/>	ja	nein, Erläuterung siehe Anlage zur Begründung

Auswirkungen auf den Stellenplan	<input checked="" type="checkbox"/>	nein	wenn ja, nachfolgend angegeben
Beantragte Stellenerweiterung:			Vorgesehener Stellenabbau:

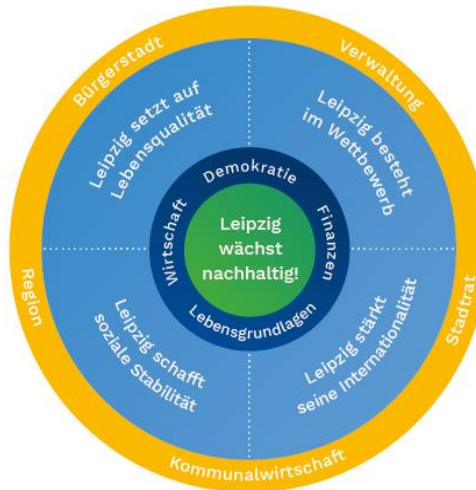
Ziele

Hintergrund zum Beschlussvorschlag: Welche strategischen Ziele werden mit der Maßnahme unterstützt?

2030 – Leipzig wächst nachhaltig! Ziele und Handlungsschwerpunkte

Leipzig setzt auf Lebensqualität

- ☐ Balance zwischen Verdichtung und Freiraum
- ☐ Qualität im öffentlichen Raum und in der Baukultur
- ☐ Nachhaltige Mobilität
- ☐ Vorsorgende Klima- und Energiestrategie
- ☐ Erhalt und Verbesserung der Umweltqualität
- ☐ Quartiersnahe Kultur-, Sport- und Freiraum-angebote



Leipzig besteht im Wettbewerb

- ☐ Positive Rahmenbedingungen für qualifizierte Arbeitsplätze
- ☐ Attraktives Umfeld für Innovation, Gründer und Fachkräfte
- ☐ Vielfältige und stabile Wirtschaftsstruktur
- ☐ Vorsorgendes Flächen- und Liegenschafts-management
- ☐ Leistungsfähige technische Infrastruktur
- ☐ Vernetzung von Bildung, Forschung und Wirtschaft

Leipzig schafft soziale Stabilität

- ☐ Chancengerechtigkeit in der inklusiven Stadt
- ☐ Gemeinschaftliche Quartiersentwicklung
- ☐ Bezahlbares Wohnen
- ☐ Zukunftsorientierte Kita- und Schulangebote
- ☐ Lebenslanges Lernen
- ☐ Sichere Stadt

Wirkung auf Akteure

- ☐ Bürgerstadt
- ☐ Region
- ☐ Stadttrat
- ☐ Kommunalwirtschaft
- ☐ Verwaltung

Leipzig stärkt seine Internationalität

- ☐ Weltoffene Stadt
- ☐ Vielfältige, lebendige Kultur- und Sportlandschaft
- ☐ Interdisziplinäre Wissenschaft und exzellente Forschung
- ☐ Attraktiver Tagungs- und Tourismusstandort
- ☐ Imageprägende Großveranstaltungen
- ☐ Globales Denken, lokal verantwortliches Handeln

☐ Sonstige Ziele

Bei Bedarf überschreiben (max. 50 ZML)

- ☒ **Trifft nicht zu**

Klimawirkung

Klimawirkung durch den Beschluss der Vorlage

Stufe 1: Grobe Einordnung zur Klimawirkung (Klimaschutzes und zur –wandelanpassung)

Eingesetzte Energieträger (Strom, Wärme, Brennstoff)	<input type="checkbox"/> keine / Aussage nicht möglich	<input type="checkbox"/> erneuerbar	<input type="checkbox"/> fossil
Reduziert bestehenden Energie-/Ressourcenverbrauch	<input type="checkbox"/> Aussage nicht möglich	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Speichert CO2-Emissionen (u.a. Baumpflanzungen)	<input type="checkbox"/> Aussage nicht möglich	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Mindert die Auswirkungen des Klimawandels (u. a. Entsiegelung, Regenwassermanagement)	<input type="checkbox"/> Aussage nicht möglich	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Abschätzbare Klimawirkung mit erheblicher Relevanz	<input type="checkbox"/> ja, da Beschlussgremium RV, GVA, oder VA <u>und</u> mind. 5 Jahre Betriebs- und Nutzungsdauer		<input type="checkbox"/> nein
Vorlage hat keine abschätzbare Klimawirkung	<input checked="" type="checkbox"/> ja (<i>Prüfschema endet hier.</i>)		

Stufe 2: Die Vorlage berücksichtigt die zentralen energie- und klimapolitischen Beschlüsse (s. leipzig.de)

<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (<i>Begründung s. Abwägungsprozess</i>)	<input type="checkbox"/> nicht berührt (<i>Prüfschema endet hier.</i>)
-----------------------------	---	--

Stufe 3: Detaillierte Darstellung zur abschätzbaren Klimawirkung nur bei erheblicher Relevanz

<input type="checkbox"/> Berechnete THG-Emissionen (in t bzw. t/a): _____
<input type="checkbox"/> liegt vor: s. Anlage/Kapitel der Vorlage: _____
<input type="checkbox"/> wird vorgelegt mit: _____ (z. B. Planungsbeschluss, Baubeschluss, Billigungs- und Auslegungsbeschluss)

Sachverhalt

Beschreibung des Abwägungsprozesses:

Innerhalb der Stadtverwaltung sind keine unterschiedlichen Beurteilungen aufgetreten.

I. Eilbedürftigkeitsbegründung

entfällt

II. Begründung Nichtöffentlichkeit

entfällt

III. Strategische Ziele

entfällt

IV. Sachverhalt

1. Begründung Kreuz auf dem Deckblatt

Nach aktueller Berichterstattung der Leipziger Volkszeitung (Artikel und Kommentar vom 25.11.2022 und Gastartikel vom 14.12.2022) würden bestimmte Straßen und Veranstaltungen vom Leipziger Ordnungsamt bewusst nicht auf Falschparker kontrolliert werden. Es lägen dazu eine Vielzahl von Beschwerden bei der Stadt Leipzig vor.

Hingegen stellt das Ordnungsamt regelmäßig dar, nach pflichtgemäßem Ermessen zu handeln.

Die Fraktion Die Freibeuter hat deshalb den Antrag an den Stadtrat gestellt, er möge beschließen, dass der Oberbürgermeister beauftragt wird, ein unabhängiges externes Gutachten zur Überprüfung der Handlungsweise des Ordnungsamts in Bezug auf die Ahndung von Falschparkern einzuholen und dass er dem Stadtrat das vollständige Gutachten bis zum 15. März 2023 vorlegt.

1. Der Antrag, den Oberbürgermeister zu verpflichten, ein externes Gutachten „zur Überprüfung der Handlungsweise des Ordnungsamtes in Bezug auf die Ahndung von Falschparkern“ einzuholen und die Vorlage des Gutachtens bis zum 15. März 2022 zu verlangen, ist rechtswidrig.

Der Stadtrat ist für die Aufgabe, den ruhenden Verkehr zu kontrollieren und gegen Verkehrsverstöße bußgeld- und verwaltungsrechtlich vorzugehen, nicht zuständig, weil es sich um eine Pflichtaufgabe nach Weisung (§ 2 Abs. 3 Sächsische Gemeindeordnung [SächsGemO]) handelt, für die gemäß § 53 Abs. 3 S. 1 SächsGemO allein der Oberbürgermeister zuständig ist.

Die Stadt Leipzig ist gemäß §§ 35, 36 Abs. 1 Nr. 1 Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG) i. V. m. § 26 Abs. 1 S. 1 Straßenverkehrsgesetz (StVG) i. V. m. § 2 S. 1 Ordnungswidrigkeiten-Zuständigkeitsverordnung (OWiZuVO) als Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung der hier in Frage kommenden Ordnungswidrigkeiten nach der Straßenverkehrsordnung (StVO) zuständig. Hierbei handelt es sich gemäß § 2 S. 2 OWiZuVO um Weisungsaufgaben.

Weiterhin besteht gemäß §§ 1 Nr. 1 und 2, 2 und 3 S. 1 Sächsisches Straßenverkehrsrechtsgesetz (SächsStrVRG) eine Zuständigkeit als örtliche und untere Straßenverkehrsbehörde für den Vollzug der Straßenverkehrsordnung. Die hierdurch übertragenen Aufgaben sind gemäß § 24 Abs. 1 S. 1 SächsStrVRG Weisungsaufgaben.

2. Die Antragstellerin kann allerdings gemäß § 28 Abs. 5 S. 1 und 2 SächsGemO verlangen, dass der Bürgermeister den Stadtrat in dieser Angelegenheit informiert und diesem oder einem von ihm bestellten Ausschuss Akteneinsicht gewährt.

Zuletzt wurde in der planmäßigen Sitzung des Fachausschusses Umwelt, Klima und Ordnung am 06.12.2022 ausführlich zur gegenständlichen Thematik berichtet.

Der Stadtrat kann dem Oberbürgermeister mit dem Antrag auch nahelegen, er möge im Rahmen seiner Organisationshoheit und Aufsichtspflicht (§ 53 Abs. 1 2. und 3. Fall SächsGemO) sowie als Vorgesetzter, Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der städtischen Bediensteten (§ 53 Abs. 4 SächsGemO) ein externes Gutachten einholen. Eine Rechtspflicht erwächst dem Oberbürgermeister gegenüber dem Stadtrat dadurch allerdings nicht.

3. Im Übrigen hat die Landesdirektion Sachsen in den letzten Jahren verschiedene Fachaufsichtsbeschwerden hinsichtlich der Arbeitsweise der kommunalen Verkehrsüberwachung in Bezug auf das Gehwegparken bearbeitet. In keinem Fall wurden Rechtsverstöße des Ordnungsamtes festgestellt und/oder wurde Anlass zu fachaufsichtlichen Maßnahmen gesehen (siehe z. B. Anlage zur Einwohneranfrage VII-EF-07926 – Schreiben der Landesdirektion Sachsen vom 18.10.2022).

2. Realisierungs- / Zeithorizont (entfällt bei Ablehnung des Antrags)

entfällt

Anlage/n

Keine